Nach Einschätzung der Verwaltungsgemeinschaft Titisee-Neustadt / Eisenbach
wesentliche, bereits vorliegende umweltbezogenen Stellungnahmen

A	NACH EINSCHÄTZUNG DER VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT TITISEE-NEUSTADT / EISENBACH WESENTLICHE, BEREITS VORLIEGENDE UMWELTBEZOGENEN STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	2
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz	2
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz	2
A.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht, Wasser und Boden	3
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht.....	4
A.5	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz.....	4
A.6	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 9 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	4
A.7	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 83 Waldpolitik und Körperschaftsforstdirektion	6

A NACH EINSCHÄTZUNG DER VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT TITISEE-NEUSTADT / EISENBACH WESENTLICHE, BEREITS VORLIEGENDE UMWELTBEZOGENEN STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz (gemeinsames Schreiben vom 14.11.2023)
A.1.1	Soweit Planungen zur Ausweisung von Siedlungsflächen und für sonstige Nutzungen dem Schutzzweck eines Landschaftsschutzgebietes widersprechen, können Flächennutzungsplan und Bebauungspläne nicht rechtswirksam werden. Für die abschließende Beschlussfassung und Bekanntmachung der Planung bedarf es ggf. der Herausnahme solcher Flächen und somit der vorherigen Änderung der betreffenden Schutzgebietsverordnung. Alternativ kann im Einzelfall die Befreiungsmöglichkeit nach § 67 BNatSchG bestehen. Hierzu verweisen wir auf die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde und bitten dies zu berücksichtigen. Die Änderung des Flächennutzungsplanes könnte somit von uns nur genehmigt werden, wenn entweder eine solche Befreiung erteilt werden kann oder ein Verfahren zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes rechtskräftig abgeschlossen ist. Die Lage im Landschaftsschutzgebiet und die sich daraus ergebenden Restriktionen sollte in der Begründung generell noch thematisiert werden.
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz (gemeinsames Schreiben vom 14.11.2023)
A.2.1	Landschaftsschutzgebiet „Titisee-Neustadt“ Eine Teilfläche (ca. 3 ha) des zukünftigen Solarparks befindet sich derzeit im Landschaftsschutzgebiet „Titisee-Neustadt“ (Verordnung vom 20.03.2003). Die durch den Bebauungsplan vorgesehene Errichtung des Solarparks läuft dem Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes aus naturschutzfachlicher Sicht nicht zuwider. Wesentlicher Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist die Erhaltung der besonderen Eigenart, Vielfalt und Schönheit der typischen streubesiedelten Schwarzwaldlandschaft. Die Leistungsfähigkeit eines ausgewogenen und vielfältigen Naturhaushaltes ist zu gewährleisten, die Naturgüter sind zu bewahren und der Erholungswert der Landschaft ist zu erhalten (§ 3 der Schutzgebietsverordnung). Laut den Unterlagen wird eine Herausnahme aus dem LSG angestrebt. In den Unterlagen ist ausgeführt, dass die Nachnutzung der Fläche nach Nutzungsaufgabe des Solarparks wieder in den Ausgangszustand mit landwirtschaftlicher Nutzung überführt werden soll. Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde ist ein Verbleib der Fläche in der LSG-Kulisse wünschenswert, da diese auch durch die Solarpark-Nutzung den Schutzzweck noch weitgehend weiterhin erfüllt (z.B. Leistungsfähigkeit eines ausgewogenen und vielfältigen Naturhaushalts, Lebensmöglichkeit von zahlreichen Tier- und Pflanzenarten). Der Solarpark ist reversibel und nach einem möglichen Rückbau kann die Grünlandfläche wieder vollumfänglich ihre Funktion und den Schutzzweck des LSG erfüllen. Hinzu kommt, dass im atypischen Sonderfall, bei kleinräumiger Betroffenheit (teilweises Hineinragen des Solarparks in das LSG), eine Planung in eine Befreiungslage hin möglich ist (vgl. Hinweisschreiben zum Ausbau von Photovoltaik-Freiflächenanlagen des UM vom 16.02.2018, S. 12). Auf diese Möglichkeit hatten wir im Austausch vorab mit der Stadt Titisee-Neustadt bereits hingewiesen. Diese Möglichkeit sehen wir hier auf Grundlage der eingereichten Unterlagen als gegeben. Das Vorhaben liegt im öffentlichen Interesse, so dass die Befreiungsmöglichkeit nach § 67 BNatSchG besteht. Maßgeblich ist hier zunächst das Interesse an der Sicherstellung der Energieversorgung, die durch das BVerfG als Gemeinwohlaspekt höchsten Ranges mehrfach anerkannt wurde. (Fn. 84: BVerfG, Urt. v. 17.12.2013-1 BvR 3139/08 u. a., Rn. 286, juris.) Dies wurde auch durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023 durch den Gesetzgeber

Nr.	Stellungnahmen von
	<p>klargestellt. Darüber hinaus lässt § 26 Abs. 3 BNatSchG die Errichtung von Anlagen mit einer erheblich höheren Störwirkung zu, ohne dass eine Befreiung oder Ausnahme erforderlich wäre. Dies lässt den Rückschluss zu, dass andere Anlagen, die ebenfalls der Versorgung mit erneuerbaren Energien dienen, nicht grundsätzlich verboten sein können.</p> <p>Die Planung in die Befreiungslage hinein kann in Aussicht gestellt werden, wenn im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens bei der Entwicklung und Realisierung von entsprechenden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen durch die Anlage keine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbilds und des Landschaftsschutzgebiets entstehen (z.B. Reduzierung der Blendwirkung durch geeignete Module, entsprechende Zaungestaltung, extensive Grünlandnutzung, Minimierung der Fernwirkung usw.).</p>
A.2.2	<p>Beeinträchtigung der Schutzgüter</p> <p>Die fachliche Einschätzung des Gutachters zur Beeinträchtigung der Schutzgüter (s. S. 48 des Umweltberichts, Stand 26.09.2023) kann nicht nachvollzogen werden. Aufgrund der Betroffenheit einer FFH-Mähwiese sowie der hochwertigen Gehölz-/Gewässerstrukturen im Umfeld kann von keiner geringen Beeinträchtigung des Schutzguts „Tiere und Pflanzen“ ausgegangen werden. Allein aufgrund der Lage im Landschaftsschutzgebiet sowie der Fernwirkung einer großflächigen Freiflächen-PV-Anlage kann beim Schutzgut „Erholung/Landschaftsbild“ aus Sicht der UNB ebenfalls nicht von einer geringen bis mittleren Beeinträchtigung ausgegangen werden. Insbesondere da der Hauptkonflikt vom Gutachter u.a. beim Schutzgut Erholung/Landschaftsbild sieht. Diese Einschätzung ist zur Offenlage nochmals zu überprüfen und detaillierter darzustellen.</p>
A.3	<p>Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht, Wasser und Boden (gemeinsames Schreiben vom 14.11.2023)</p>
A.3.1	<p>Oberflächengewässer/Gewässerökologie/Hochwasserschutz/Starkregen</p> <p>Die im Umweltbericht des Büros galaplan kunz vom 26.09.2023 unter Punkt 5.5.1 Oberflächengewässer (Seiten 36/37, Absatz 4 und 5) gemachten Aussagen sind in Bezug auf Überschwemmungsflächen zu undifferenziert und damit teilweise falsch.</p> <p>Diesbezüglich weisen wir auf folgende gesetzlichen Bestimmungen hin:</p> <p>Seit dem Inkrafttreten des neuen Wassergesetzes in Baden-Württemberg zum 01.01.2014 (WG) sind die Gebiete, die bei einem bis zu hundertjährlichem Hochwasser überschwemmt oder durchflossen werden, Überschwemmungsgebiete kraft Gesetzes (§ 76 Wasserhaushaltsgesetz -WHG i. V. m. § 65 Abs. 1 WG), unabhängig ob im Innen- oder Außenbereich. Einer gesonderten Ausweisung des Überschwemmungsgebiets bedarf es nicht. Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes wurde außerdem 2017 das WHG durch das Hochwasserschutzgesetz II überarbeitet (in Kraft seit 05.01.2018).</p> <p>Bei der künftigen Bebauung (Einzelfallvorhaben) in festgesetzten Überschwemmungsgebieten sind nun die Schutzvorschriften des § 78 Abs. 4 WHG und § 78 a Abs. 1 Nr. 1 bis 8 WHG zu beachten.</p> <p>In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist die Errichtung von baulichen Anlagen nach §§ 30, 33, 34 und 35 BauGB untersagt (§ 78 Abs. 4 WHG). Im Einzelfall kann gemäß § 78 Abs. 5 WHG die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage von der zuständigen Behörde ausnahmsweise genehmigt werden, wenn das Vorhaben</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verlorengehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,2. den Wasserstand und der Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,3. der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und4. hochwasserangepasst ausgeführt wird

Nr.	Stellungnahmen von
	<p>oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können. Zudem gelten die sonstigen Schutzvorschriften des § 78 a Abs. 1 WHG (Verbot sonstiger Maßnahmen).</p> <p>Das bedeutet, dass die in der gültigen Hochwassergefahrenkarte dargestellten ÜSG-Flächen für die Anlage von Solaranlagen tabu sind (auch wenn aufgeständert). Gleiches gilt für die geplante Zaunanlage, die sich außerhalb der ÜSG-Flächen befinden muss. Der ggf. nachträglich zu installierende Sichtschutz wegen Blendwirkungen darf sich demzufolge ebenfalls nicht im ÜSG befinden.</p> <p>Im Umweltbericht sollte darüber hinaus noch auf den gesetzlichen Gewässerrandstreifen entlang der „Gutach“ eingegangen werden, was bisher nicht thematisiert wurde. Entlang von Gewässern 2. Ordnung gilt gemäß § 29 Abs. 1 WG beidseitig ein gesetzlicher Gewässerrandstreifen mit einer Breite von 5 m im Innenbereich und 10 m im Außenbereich. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstands, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Gemäß § 38 Abs. 1 WHG dienen Gewässerrandstreifen u.a. der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen der Gewässer. Darüber hinaus gewährleistet der Gewässerrandstreifen auch die Möglichkeit zur Unterhaltung des Gewässers. Innerhalb des Gewässerrandstreifens ist insbesondere die Errichtung baulicher Anlagen (u.a. Solarmodule, Trafostationen, Stellplätze, Zäune, etc.) verboten.</p>
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht (gemeinsames Schreiben vom 14.11.2023)
A.4.1	Mögliche Reflexions-/Blendwirkungen durch die PV-Anlage, insbesondere auf Verkehrsteilnehmer, sind auszuschließen.
A.4.2	Die Vorgaben aus der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) sind zu beachten.
A.4.3	Wir möchten darauf hinweisen, dass im Falle einer erwarteten Menge von mehr als 500 m ³ Bodenaushub im Rahmen der Bebauungspläne das Thema Erdmassenausgleich gem. § 3 Abs. 3 LKreiWG zu berücksichtigen ist.
A.5	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz (Schreiben vom 21.11.2023)
A.5.1	<p>Ein Teilbereich des Plangebiets liegt innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes. Zudem ist eine FFH-Mähwiese von der Planung betroffen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund verweisen wir auf die Stellungnahme der zuständigen unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Baurechtsbehörde als zuständige Genehmigungsbehörde.</p> <p>Seitens der höheren Raumordnungsbehörde bestehen keine weiteren Bedenken oder Anregungen.</p>
A.6	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 9 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 13.11.2023)
A.6.1	Geotechnik <p>Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können unter http://maps.lgrb-bw.de/ abgerufen werden.</p> <p>Ingenieurgeologische Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen (z. B. Bebauungspläne) beurteilt, wenn Art und Umfang der Eingriffe in den Untergrund näher bekannt sind. Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bezüglich eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger - für Kommunen und alle übrigen Träger öffentlicher Belange gebührenfreier - Registrierung, unter http://geogefahren.lgrb-bw.de/ abgerufen werden.</p>

Nach Einschätzung der Verwaltungsgemeinschaft Titisee-Neustadt / Eisenbach
wesentliche, bereits vorliegende umweltbezogenen Stellungnahmen

Nr.	Stellungnahmen von
	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens hat das LGRB mit Schreiben vom 13.11.2023 (Az. 2511//23-04333) zum Planungsbereich folgende ingenieurgeologische Stellungnahme abgegeben:</p> <p><i>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen:</i></p> <p><i>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Auensand und Anthropogenen Ablagerungen mit im Detail nicht bekannter Mächtigkeit. Diese überlagern vermutlich das im tieferen Untergrund anstehende kristalline Grundgebirge des Schwarzwaldes (Bärhalde-Granit).</i></p> <p><i>Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, sowie einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Untergrundes ist zu rechnen. Ggf. vorhandene organische Anteile können zu zusätzlichen bautechnischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein.</i></p> <p><i>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</i></p>
A.6.2	<p>Boden</p> <p>Die lokalen bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) können unter https://maps.lgrb-bw.de/ in Form der BK50 abgerufen werden.</p> <p>Generell ist bei Planungsvorhaben entsprechend § 2 Abs. 1 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) auf den sparsamen und schonenden Umgang mit Boden zu achten. Dies beinhaltet u. a. die bevorzugte Inanspruchnahme von weniger wertvollen Böden. Ergänzend dazu sollten Moore und Anmoore (u. a. als klimarelevante Kohlenstoffspeicher) sowie andere Böden mit besonderer Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (vgl. LGRBwissen, Bodenbewertung - Archivfunktion, https://lgrbwissen.lgrb-bw.de) bei Planvorhaben aufgrund ihrer besonderen Schutzwürdigkeit möglichst nicht in Anspruch genommen werden.</p> <p>Bodenkundliche Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen, wie z. B. Bebauungspläne, beurteilt, wenn Informationen zu Art und Umfang der Eingriffe vorliegen.</p>
A.6.3	<p>Grundwasser</p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt.</p> <p>Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder hydrogeologischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p> <p>Aus hydrogeologischer Sicht wird seitens des LGRB bei der Planung von Photovoltaikanlagen allgemein darauf hingewiesen, dass zu prüfen ist, ob durch die Eingriffe in den Untergrund (reliefbedingte Eingriffe, Anlage der Kabeltrassen, Schaffung von Zufahrten zu den Standorten, etc.) die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung beeinträchtigt wird. Zudem wird darauf hingewiesen, dass beim Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen ggf. wassergefährdende Stoffe</p>

Nach Einschätzung der Verwaltungsgemeinschaft Titisee-Neustadt / Eisenbach
wesentliche, bereits vorliegende umweltbezogenen Stellungnahmen

Nr.	Stellungnahmen von
	<p>eingesetzt werden und deshalb für konkrete Standorte sicherzustellen ist, dass es hierdurch nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserqualität und -quantität kommt.</p> <p>Die hydrogeologischen und oberflächennahen geothermischen Untergrundverhältnisse können dem Hydrogeologischen Kartenwerk des LGRB (1: 50 000) und LGRBwissen sowie dem Informationssystem „Oberflächennahe Geothermie für Baden-Württemberg“ (ISONG) entnommen werden.</p> <p>Die Geodaten zu rechtskräftig festgesetzten, fachtechnisch abgegrenzten, geplanten und im Verfahren befindlichen Wasserschutzgebieten werden von den unteren Wasserbehörden der Stadt- und Landkreise vorgehalten.</p> <p>Aktuell findet im Plangebiet keine hydrogeologische Bearbeitung durch das LGRB statt.</p>
A.7	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 83 Waldpolitik und Körperschaftsforstdirektion (Schreiben vom 04.10.2023)
A.7.1	<p>Zu den an das Plangebiet im Süden (Kommunalwald, Stadt Titisee-Neustadt) und Nordosten (Staatswald) angrenzenden Waldflächen sind jedoch im Rahmen der Aufstellung eines Bebauungsplanes Mindestabstände einzuhalten. PV-Anlagen fallen zwar nicht unter die gesetzliche Waldabstandsvorschrift, die sich aus § 4 Abs. 3 LBO vorrangig für Gebäude und bauliche Anlagen mit Feuerstätten ergibt, dennoch weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass durch die unmittelbare Nähe der PV-Anlage zum Wald kurz-/mittelfristig erhebliche Gefahrensituationen und/oder Waldbewirtschaftungseinschränkungen gegeben sind.</p>
A.7.2	<p>Vor diesem Hintergrund wird seitens der höheren Forstbehörde empfohlen, zu den geplanten PV-Anlagen einen Waldabstand von mindestens 30 m einzuhalten und dies im weiteren Verfahren (Bebauungsplan) entsprechend zu berücksichtigen.</p>